

(Kongostaat), je 4 auf Feuerland und Macao, 3 in Meliapur (Bordernindien), je 2 auf Rio Negro (Brasilien) und Schiu-tschou (China) und je 1 in Mendez (Ecuador) und Assam. Außerdem wirken 7 Oesterreicher in Palästina.

Von den Schülern des Missionshauses „Maria Hilf“ in Unter-Waltersdorf bei Wien waren 35 Oesterreicher, 15 Reichsdeutsche, 5 Deutschböhmen und 1 Franzose. Ähnlich mag es in den anderen Anstalten der Genossenschaft stehen.

**15. Die Gesellschaft des Göttlichen Wortes von Steyl.** Die im Jahre 1875 gegründete Missionsgesellschaft von Steyl besitzt in Oesterreich zwei Häuser: St. Gabriel bei Mödling (1889) und St. Rupert bei Bischofshofen (1904). St. Gabriel beherbergt die höheren Anstalten der Gesellschaft und ist daher weit über die Grenzen Oesterreichs hinaus bekannt. Für Oesterreich selber bildet es das Zentrum des gesamten Missionsbetriebes. Hier stand die Wiege des Theologenverbandes, von hier geht die Akademiker-Missionsbewegung aus u. s. w., und wenn in Oesterreich der Missionsgedanke erfreuliche Fortschritte macht, so dankt er das zum großen Teile der Anregung und der Mitarbeit St. Gabriels.

Die älteste und blühendste Mission der Steyler ist die von Südschantung (gegründet 1882). Die übrigen Arbeitsfelder liegen in Honan und Westfanfu (China), Japan, Neuguinea, Philippinen, Nord- und Südamerika u. s. w. Die zweitälteste Mission von Togo ging durch den Krieg verloren.

Von den weiblichen Genossenschaften wären noch zu erwähnen:

f) Die St.-Stephans-Schwestern, die einen Zweig der Kongregation der „Königin der Apostel“ bilden;

g) die Dienerinnen des Heiligen Geistes zu Stockerau bei Wien, die zur Gesellschaft des Göttlichen Wortes gehören, und endlich:

h) die Franziskaner-Missionärinnen Mariens, welche in Wien (XX.) und Eichgraben blühende Niederlassungen haben.

Die vorliegende Zusammenstellung zeigt, daß der Missionsgedanke in Oesterreich in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht hat, daß aber noch unendlich viel geschehen muß, bis das ganze Volk Oesterreichs für den Missionsgedanken gewonnen ist. Daher auf zur Mitarbeit an dem großen Werke der Heidenbekehrung!

**Sammelstelle:** Bisher ausgewiesen: 555.335 K. — Neu eingelaufen: Bei der Redaktion: Dr. Basilius Baran-Stanislaw 20.000 K; Swidetz-Kirchschlag, N.-De., 30.000 K; Francois-Groß-Rosfeld, Rheinland, für Mariannhillmission 25 Fr. = 100.000 K.

**Gesamtsumme der bisherigen Spenden:** 705.335 K. — Deo gratias! Um weitere gütige Spenden bitten recht dringend Berichterstatter und Schriftleiter.

## Kirchliche Zeitläufe.

Von Peter Sinthorn S. J.

1. Bundeskanzler Dr. Seipel. — 2. Der Kulturkampf in Frankreich. — 3. Der Kulturkampf in der Türkei. — 4. Das kirchliche Leben in Rußland. — 5. Aus der Weltmission der Kirche: China, Orient, Unionskongreß in Belehrad.

1. Bundeskanzler Dr. Seipel. Freunde mahnten mehr als einmal den Bundeskanzler, mehr auf den Schutz seines Lebens bedacht zu sein. Dr. Seipel gab die schöne Antwort: „Mein Leben ist in Gottes Hand. Es ist mein Beruf, im Volke zu wirken; ich kann mir meine Wege

nicht aussuchen. Die Hauptsache ist, meine Pflicht erfüllen." Am Sonntag den 1. Juni schoß der verhezte sozialdemokratische Arbeiter Jaworek auf ihn die tödliche Kugel ab. Am 2. Juni, beim Empfange des österreichischen Pilgerzuges, gab der Heilige Vater selbst in bewegten Worten den Oesterreichern Kunde von dem traurigen Ereignis: „Wir haben heute in Rom eine traurige Nachricht erhalten, welche unser Herz so tief und schmerzlich bewegt hat. Dieser ausgezeichnete Mann, Prälat Seipel, unser Prälat — wir sagen unser Prälat und stellen ihn als ein Muster der Ehre und der Liebe hin — dieser Mann, der sich um sein Vaterland und um die Kirche schon so viele und so große Verdienste erworben und so große und wohlthätige Werke bereits verrichtet hat, ist leider verwundet worden und nicht leicht. Es bleibt aber doch die Hoffnung auf seine Rettung. Wir sagen Ihnen das, weil Sie alle, die Sie hier versammelt sind, sich mit uns im Gebete vereinigen sollen, damit der gütige Gott sich erbarme und mit seiner Hilfe ein so kostbares und so wohlthätiges Leben zum Wohle des Landes erhalten möge, was uns so sehr am Herzen liegt.“

Wie sehr der Heilige Vater Dr Seipel ins Herz geschlossen hat und welchen Trost es ihm bereitet, daß das Heil Oesterreichs von einem hervorragenden Staatsmanne kommt, der zugleich eine Zierde des geistlichen Standes ist, beweist zur Genüge das lange, äußerst gütige Schreiben, das der Heilige Vater an Dr Seipel gelegentlich seines 25jährigen Priesterjubiläums richtete. Daß übrigens zwischen der so segensreichen politischen Tätigkeit Dr Seipels und seinem echt priesterlichen Charakter eine mehr als rein zufällige Verbindung besteht, dämmert allmählich auch anderen auf. Ein in Wien sehr bekannter, allgemein geachteter Jude sagte es rund heraus: Den Weg, den Dr Seipel geht, konnte nur ein katholischer Priester finden und gehen. Seine „Selbstlosigkeit, Zielklarheit und außerordentlichen Fähigkeiten“ erkannte auch der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister Seiz unumwunden an. Die „Arbeiter-Zeitung“ ihrerseits mußte ihm das Zeugnis ausstellen: „Einem Manne, der für seine Sache aus keinem unlauteren Beweggrund kämpft, einem Mann, der ein schlichtes, bescheidenes Leben führt und nicht einmal das nicht übermäßige Gehalt, das ein österreichischer Bundeskanzler bezieht, für sich gebraucht, einem Mann, der, obwohl seit Jahren krank, vom frühen Morgen bis zum späten Abend unermüdlich arbeitet, einem solchen wird auch der entschiedenste Gegner seine persönliche Achtung nicht versagen.“ Was alles die Parteigrößen aber nicht bestimmt, ihren Einfluß auf die Massen dazu zu benutzen, neue Morddrohungen verstummen zu lassen. Selbst die „Kinderfreunde“ können ohne den „Galgen für Seipel“ noch heute nicht leben.

2. Der Kulturkampf in Frankreich. Während die englischen Katholiken beschlossen, die Ausbringung des Peterspfennigs, für welche bisher die einzelnen Diözesen gesorgt hatten, zu zentralisieren, glaubte ein kleines Häuflein unverbesserlicher Protestanten die Abschaffung der englischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle beantragen zu müssen. Mac Donald erklärte, die Gesandtschaft werde weiter bestehen, die

notwendigen Summen seien bereits im Staatshaushalt eingestellt. Die alte Koalition, die Konservativen und nun auch die Arbeiterpartei, halten die Aufrechterhaltung dieser Gesandtschaft für durchaus wünschenswert.

Auch der neue französische Ministerpräsident Herriot kündigte in seiner Programmrede die Aufhebung der kaum wiedererrichteten Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle an. Der „Osservatore Romano“ war zuversichtlich; die Ausöhnung sei das Werk Briands und anderer, der Katholikenfreundlichkeit am wenigsten verdächtiger Kreise gewesen, in den Augen der Franzosen seien gute Beziehungen Frankreichs zum Heiligen Stuhle für ihr Land von der höchsten internationalen Bedeutung, jeder französische Politiker werde es sich überlegen, einen auch für die innere Ruhe Frankreichs so wichtigen Modus vivendi anzutasten, der mit den französischen Gesezen nicht in Widerspruch stehe und auf dessen Herbeiführung verschiedene Parteien so viel Mühe und Arbeit verwendet hätten. Auch der Senator De Monzie, welcher bei der Wiederherstellung der französischen Gesandtschaft beim Vatikan eine führende Rolle gespielt hatte, erklärte: „Ich bleibe dabei, daß, ob wir nun wollen oder nicht, die neue Mehrheit die Aera vergeblicher und verjährter Kämpfe nicht wieder heraufbeschwören wird. Nicht nur hoffe ich das, ich bin auch überzeugt davon.“ Herriot und seine kombistischen Freunde sind eben doch noch nicht das französische Parlament und nicht einmal die herrschende Partei.

„Nicht aus einem Gefühle der Intoleranz und des Sektierergeistes heraus“, heileibe nicht, nur „im Interesse des religiösen Friedens“ möchte Herriot sein Kulturkämpfe haben; „es ist unbedingt notwendig“, so erläutert einer seiner Schüler die menschenfreundlichen Absichten des Meisters, „daß alle jungen Franzosen dieselbe Erziehung erhalten, nach demselben Programm, durch ein einheitliches Personal und unter einer Kontrolle; es soll in Frankreich nicht mehr zwei junge Generationen geben; die Regierung wird bis zum Monopol des Primar- und Sekundarunterrichtes gehen und sie wird vor der Trennung von Schule und Kirche nicht zurückweichen.“ Noch deutlicher war schon 1917 Aulard, Professor an der Sorbonne, eines der Häupter des Pariser Großorientes; er schrieb in seinem „Religionsprogramm“: „Wir wollen, daß die Religion eine private Angelegenheit bilde, ähnlich wie bei den deutschen Sozialdemokraten. Jeder klerikale Einfluß auf das öffentliche Leben, auf die Schule, kurz auf die lebendigen Organismen der Gesellschaft muß untersagt, unmöglich gemacht werden. Es darf kein katholisches Frankreich mehr geben.“ Ergo entfernte Herriot im Juli durch seinen Marineminister die Priester aus der französischen Marine; ergo mußten die schließlich doch von Krummnasen geleiteten Brüder der Großloge und des Großorientes von Paris die aus der Messe in Notre-Dame gelegentlich der Olympischen Spiele drohende Gefahr durch eine Feier der freigeistigen Teilnehmer an den Spielen am Sige der Loge beschwören.

Sowohl, nicht zwei junge Generationen, nur eine soll es in Zukunft noch geben, ganz so wie im bolschewistischen Rußland; zu ihrer geistigen Führung, sagt Josef Reinach, ist das Judentum berufen, das in dieser Führung der führungslos gewordenen europäischen Menschheit eine dankbarere Aufgabe hat, als in seinem utopistischen Zionismus; die Gestalt, in der der jüdische Geist der modernen Menschheit eingepflanzt werden soll, um sie zur gehorsamen Sklavin des Judentums zu machen, das ist die Humanitätsreligion, die Vergötterung des reinen Menschentums, welche alle Religionen und Nationen aus dem Felde schlägt und nur in erhabener Einsamkeit die Edelrasse des Judentums thronen läßt; in naher Zukunft, so macht die amerikanische Zeitschrift „Century Magazine“ aufmerksam, werde Amerika eine neue Religion haben, einen heidnischen Liberalismus, auf Grundlage der Lehren der Freimaurerei; nach Ansicht dieser Zeitschrift rüsten die Katholiken sich für diese Aussicht zu wenig, indem sie sich nur an dem an und für sich selbstverständlichen Wachstum des Katholizismus erfreuen. Auch die Freimaurerei ist, wie einer ihrer berufenen Schriftsteller erklärt, eine Konfession; das liberale Bürgertum wie die materialistische Sozialdemokratie schwören zu ihr, dem Judenliberalismus der Massen der Achtzigerjahre ist die Judensozialdemokratie der Gegenwart gefolgt, beiden Richtungen reicht die gleiche geistige Kost das die Führer von den Logen aus beherrschende Judentum.

Während das Judentum gewöhnlich volksvergessene „Arier“ vorschiebt, taucht in entscheidenden Augenblicken immer wieder der Jude auf; so im bolschewistischen Rußland, wo das Judentum sich kaum noch Hemmungen auferlegt, so in der deutschen Revolution, so in der Eisnerischen in Bayern, so in der Bela-Kunischen in Ungarn, so in der Freidenkeragitation und der Agitation zum Austritt aus der Kirche, so auf dem sozialistischen Jugendtag Ende August in Innsbruck, wo der jüdische Freimaurerbonz Otto Bauer in aufreizender Rede die irregeführte Jugend mit Haß gegen alles Christliche erfüllte; zertrümmerte und verspottete Kreuzfige konnte der Jude als Ergebnis seiner Tirolerreise buchen. Die ebenso judenfreundliche als christenfeindliche Einstellung der österreichischen und namentlich der Wiener Sozialdemokratie wird niemand wundernehmen, der weiß, daß alle Großfunktionäre der Wiener Großloge von allem Anfang an waschechte Juden waren und daß alle antichristlichen Vorstöße der Wiener Sozialdemokratie lange vorher durch die Wiener Freimaurerzeitung in die Wege geleitet waren.

Es ist schon so nicht nur in Frankreich, sondern so ziemlich überall, nur in lokal verschiedener Färbung, wie Kardinal Andrieux, Erzbischof von Bordeaux, in seinem Aufruf zum Kreuzzug gegen die Anwendung der Laiengesetze durch Herriot in Elsaß-Lothringen sagt: „Das Schulgesetz vom 28. März 1882 ist freimaurerischen Ursprungs; es untergräbt die geheiligten Rechte der Familie, laßiert die offiziellen Schulprogramme und untersagt den Lehrern, die Kinder über ihre Pflichten gegen Gott zu belehren. Das Gesetz vom 1. Juli 1901 ist freimaurerischen

Ursprungs; es gibt der bürgerlichen Gewalt ein Recht, das gegen das Naturgesetz verstößt, indem es die Franzosen, die zur Ausübung der evangelischen Räte berufen sind, daran hindert und ihnen die Vereinigung zu gemeinsamem Leben im Dienste der eigenen Vervollkommenung und im Dienste des Nächsten unmöglich macht; das Gesetz vom 7. Juli 1904 verschärfte noch jenes Gesetz von 1901, indem es den Kongregationen jede Art von Unterricht verbot. Das Gesetz vom 9. November 1905 über die Trennung von Kirche und Staat ist freimaurerischen Ursprungs; unter dem Vorwande, Staat und Kirche zu trennen, wird die Kirche ihrer Güter beraubt und der Gottesdienst, im Gegensatz zu den Bestimmungen des Kirchenrechtes und der katholischen Hierarchie, in demokratischer Weise organisiert; es stellt für die Ausübung des katholischen Kultus unannehmbarere Bedingungen, denn es erkennt die Kirche nicht an als Kirche und als unabhängige Gesellschaft. Die Laiengesetze wurden in den Vogen ausgearbeitet und von einem Parlament, das unter deren Befehle stand, angenommen; dann führt der Kirchenfürst noch die obige Stelle aus dem Religionsprogramm Aulards an.

Herriot kündigte, wie bereits gesagt, in seiner Programmrede als Ministerpräsident die Aufhebung der Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle und die Anwendung der Laiengesetzgebung auf Elsaß-Lothringen an. Er beschwor dadurch einen solchen Sturm herauf, daß man an die schärfsten Kampfsjahre des Bismarckschen Kulturkampfes erinnert wird. Bischof Ruch von Straßburg ging mit einem geharnischten Protest voran. Es folgte Versammlung auf Versammlung, eine größer und kampfesfreudiger als die andere. Das ganze katholische Frankreich stellte sich hinter das katholische Elsaß-Lothringen, das sich mit 80 von hundert Stimmen der Bevölkerung für die unbedingte Beibehaltung der Bekenntnisschule und gegen die Anwendung der Laiengesetzgebung auf Elsaß-Lothringen erklärte; diese stelle einen offenkundigen Bruch der heiligsten, dem elsässischen und lothringischen Volke feierlich gegebenen Versprechungen dar, die Konfiszierung einer Freiheit, die selbst die deutsche Regierung niemals angetastet habe. Viele Bischöfe Frankreichs, darunter die Kardinalerzbischöfe von Bordeaux und Orleans, sandten feurige Ermunterungsschreiben an den Bischof von Straßburg. Die katholische Frauenorganisation, die einstigen, mit Wunden und Auszeichnungen bedeckten Frontkämpfer unter den Priestern und die katholischen Intellektuellen Frankreichs und viele andere Organisationen sagten in ihren Zuschriften an Herriot so ziemlich alles, was ihm die wirkliche Lage der Dinge und den Zustand der Geister begreiflich machen konnte. Auch der Vorsitzende des Direktoriums der Kirche Augsburgischer Konfession, Ernwein, und der Vorsitzende der synodalen reformierten Kirche, Kunz, verwahrten sich energisch gegen die Aufhebung der Bekenntnisschule und gegen die ganz unzeitgemäße Aufrollung der Frage nach dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat, das, wenn es einmal zu einer Neuordnung kommen sollte, im Einverständnis mit den kirchlichen Behörden geregelt werden müsse. Der protestantische Historiker Fritz Kiener, Professor an der

Universität Straßburg, schrieb im „Echo de Paris“: „Zu was soll das alles dienen? Ueber den Ausgang des Konfliktes ist kein Zweifel möglich, Elsaß-Lothringen wird den Sieg erringen. Die Katholiken werden nicht nachgeben und wohl oder übel wird die französische Regierung wie Bismarck nach dem Kulturkampf nach Ramossa gehen müssen. Der elsäß-lothringische Katholizismus ist der Fels, den man nicht wird zerstören können. Aber, fügen wir hinzu, daß auch wir Protestanten tief verletzt worden sind durch die Art und Weise, wie Herriot kirchliche Fragen behandelt.“

Herriot ließ sich zu einer beruhigenden Erklärung im Senat herbei; er scheint eingesehen zu haben, daß er auf Granit gebissen hat; die schreiendsten Maßnahmen, die Aufhebung der Gesandtschaft beim Vatikan und die Durchführung der Schulgesetze in Elsaß-Lothringen hat er verschoben. Die Logenbrüder werden natürlich nicht aufhören mit ihren Versuchen, ihn selbst zu schieben.

3. Der Kulturkampf in der Türkei. In den kritischen Tagen der jüngsten Entwicklung stand das Judentum gleich auffallend zu den neuen Männern. Kein Wunder; schon die Revolution gegen Abdul Hamid war von Saloniki ausgegangen, dem Hauptstizze des türkischen Judentums, und sie war ausgesprochenermaßen das Werk des Judentums und der Freimaurerei. Die heutigen führenden Männer sind Freimaurer, ganz wie die Jungtürken von damals; in religiöser Beziehung gleichen sie den zionistischen Juden, denen die Nation Hauptsache, die Religion Nebensache ist. Sie haben mit ihrem Kalifen wenig Federlesens gemacht und die Türkei auf ewige Zeiten zur Republik erklärt; die Folge könnte das Austreten von nationalen Kalifen und die Auflösung des Mohammedanismus in Sondergemeinden der einzelnen Länder sein.

Nach berühmten Mustern haben sie mit der Losung: Nationalisierung, Türkisierung! die Laisierung der Schulen begonnen; Nichttürken dürfen in den Staatsschulen nur gegen Entrichtung einer besonderen Taxe Unterricht erteilen; die Hauptfächer, türkische Sprache, Geschichte und Geographie, müssen unbedingt von Türken vorgetragen werden, auch an den Privatschulen, welche diese türkischen Lehrer schwer bezahlen müssen. In den christlichen Schulen darf kein Religionsunterricht erteilt und kein Kreuz und kein religiöses Bild angebracht werden. Wozu, so mußte man sich da fragen, überhaupt noch christliche Schulen? Das Aeußerste, was die Regierung zuzugestehen bereit war, bestand darin, daß man ein Zimmer als Gebetsaal für die Katholiken herrichten und dort beten und im Katechismus unterrichten könnte; dort könne man auch Kreuze und Bilder haben. Vielleicht ergibt sich von diesem Punkte aus später einmal ein Modus vivendi. Den religiösen Kongregationen, welche die meisten christlichen Schulen leiten, erschienen die Regierungsverordnungen unannehmbar; sie beschloßen gemeinsam, eher zu schließen, als sich dem Laienregime zu fügen und es durch ihre Schulen zu unterstützen.

Am Montag nach dem Passionssonntag schlossen alle christlichen Schulen und es gibt seitdem 14.000 Kinder, von denen die Eltern nicht wissen, wohin sie mit ihnen sollen. Warum geht ihr heute so früh nach Hause? fragte ein Schüler der schottischen Laienschule einen Schüler der österreichischen Lazaristen, die ihr blühendes Kolleg ebenfalls hatten schließen müssen. Weil man die Kreuze aus den Klassenzimmern nicht habe entfernen wollen. Und warum hat man die Kreuze nicht hinaus-  
getan? Hätt's nur einer wagen sollen! Wir hätten ihn weidlich durch-  
geprügelt und das Kreuz wieder hingehängt. Auch Andersgläubige billigten durchaus das Vorgehen der katholischen Ordensleute. Ein griechischer Arzt äußerte sich, er hätte es gar nicht verstehen können, wenn die Katholiken anders gehandelt hätten. Die Lösung der Schulfrage ist auch deswegen so schwierig, weil die meisten europäischen Christen verarmt sind und wegen der türkischen Politik, keinen Ausländer etwas verdienen zu lassen, auch keine Arbeit finden können. Zur Zeit der Kapitulationen waren eben überall die Ausländer die Herren, die Türken die Hamale, die Lasttiere; das soll jetzt umgekehrt sein. Zwar stimmt das nicht mit dem Friedensvertrag von Lausanne überein, nach dem den christlichen Beamten und Angestellten zum mindesten nichts in den Weg gelegt werden soll; aber die anderen halten ja auch nicht ähnliche Klauseln der Pariser Friedensverträge, nur die „Besiegten“ müssen da bis zum letzten Heller bezahlen. Man hat es mit Privatschulen versucht; kaum hatte man damit begonnen, da erfolgte auch schon ein Verbot der Regierung.

Es waren namentlich die französischen Schulen, die zu dieser letzten Entscheidung Anlaß gaben, weil sie die Sache, trotz der Vergeblichkeit einer französischen Intervention, zu offen trieben. Da die meisten katholischen Schulen von französischen Ordensleuten geleitet wurden, die Türken aber auf die Franzosen nicht gut zu sprechen sind, so glauben manche, die Türken hätten die religiöse Frage zu einem Druck auf Frankreich benutzen, zum mindesten aber zwei Fliegen auf einen Schlag fangen wollen. Da die Schließung so vieler von Franzosen geleiteten Schulen eine starke Minderung des Ansehens Frankreich in der Türkei bedeutet, ließ sich die französische Regierung auf Drängen der französischen Katholiken zu freundschaftlichen Vorstellungen an die türkische Regierung herbei; umsonst. Das Prinzip der religiösen Schule, so lautete die Antwort, ist mit der laiierten Republik unvereinbar; den religiösen Schulen bleibt nichts anderes übrig, als die laiierte Oberleitung anzunehmen oder zu schließen. Schon 1923 wurden alle Kurse, die von französischen Lehrern gegeben wurden, unterdrückt. Was will das „lailierte“ Frankreich dagegen sagen?

Das Bestreben der türkischen Regierung geht dahin, sich in kirchlichen Angelegenheiten von der französischen Vormundschaft loszusagen und in unmittelbare Beziehungen zum Heiligen Stuhle zu treten. Die türkische Regierung erkennt das von Frankreich noch immer geltend gemachte Schutrecht über die dortigen Christen nicht mehr an; für Palästina ist

es inzwischen vollständig verschwunden und am letzten Osterfeste waren auch die früheren liturgischen Ehren für den französischen Generalkonsul fallen gelassen worden. Der Apostolische Visitor von Konstantinopel, Msgr. Filippi, wurde vom Heiligen Vater eigens nach Rom berufen, um die schwierige Lage in der Türkei mit ihm zu besprechen.

4. Das kirchliche Leben in Rußland. „Der Bolschewismus“, sagt Erzbischof Tzieplak, der dem russischen Kerker entronnen ist, „fürchtet den religiösen Gedanken; einmal, weil er im Gegensatz zum Materialismus und Atheismus steht, und dann, weil die Bolschewiken in ihm das Haupthindernis erblicken, um den Widerstand des Volkes gegen ihre Herrschaft brechen zu können.“ Daher die Verfolgung gegen die Kirche. Er fand von Anfang an willige Helfer an den Baptisten, die sich zunächst in Petersburg niedergelassen hatten. Von ihnen, welche um jeden Preis die Vernichtung der „Götzendienen Roms und Moskaus“ (der Patriarchalkirche) wünschten, gingen in den letzten Jahren die schärfsten Angriffe gegen die Katholiken und Orthodoxen aus. Das Haupt der Baptisten in Rußland ist der Lette Pastor Fettler, seine Vertreter in Petersburg sind die Pastoren Prohanow und Schilow und in Moskau Iwan Pawlow. Die bolschewikische Regierung nennen sie immer wieder die „einzige“ Regierung, sie ermahnen ihre Anhänger immer wieder, gar alles zu tun, um die bolschewikische Autorität zu stärken und zu erhalten, da sie dieselben Ideale verfolge, die Christus seiner Kirche gegeben habe. Kein Wunder, daß die bolschewikischen Machthaber deren Tätigkeit nicht ungern sehen. Die katholische Kirche steht demgegenüber zum Bolschewismus in religiöser Beziehung in einem unversöhnlichen Gegensatz, so lange der Bolschewismus bleibt was er ist; zahlreiche Priester und Gläubige haben ihre Treue zum Glauben mit ihrem Blute besiegelt.

Auf Seite der russischen Orthodoxie war die Stellungnahme nicht so einheitlich. Die Bolschewiken fanden sie zunächst geeint vor unter dem Patriarchen Tychon, machten sich aber schon alsbald an die Arbeit, um mittels des beliebten Divide et impera die ohnehin nicht allzu große Macht dieser Kirche zu brechen. Mit Tychon selbst war lange nichts anzufangen, er zeigte viel Mut und harrete auf seinem Posten aus. Die Regierung bediente sich nun des Bischofs Antonin, um den Spaltpilz in die orthodoxe Kirche hineinzutragen. Antonin gab sich als williges Werkzeug her, er gründete die „lebendige Kirche“, die sich aufs engste an die Sowjetregierung anschloß und in der Kirche weitgehende Reformen einführte. Durch Einkerkierung Tychons wurde die Patriarchalkirche ihres Hauptes beraubt. Doch Antonin sollte sich nicht lange seines Erfolges freuen. Vielen seiner Anhänger ging er nicht weit genug; auf dem im August 1923 abgehaltenen Kongreß der „lebendigen Kirche“ wurde er aus dieser Kirche ausgeschlossen, seiner Aemter entsetzt und aufgefordert, Moskau zu verlassen. Wortführer des Kongresses war der Protokerej Krasnicki. Obgleich Antonin erklärt hatte, weil alle Gewalt von Gott komme, so sei die kommunistische Revolution eine logische Folgerung aus dem Evangelium, weshalb die Gläubigen ihn als Satan

und Antichrist bezeichneten, hing er, nach Krasnicki, noch mehr an der Gewalt als die alten Bischöfe, während sich doch die „lebendige Kirche“ von deren Tyrannei frei machen wolle; auch die Klöster seien aufzuheben. Krasnicki drang durch, er ist seitdem das Haupt der bolschewistisch-orthodoxen Kirchengemeinschaft, vom Volke kurz „rote Kirche“ genannt.

Mittlerweile hatten die Leiden des Kerkers den Patriarchen Tychon mürbe gemacht. Er erließ im Einvernehmen mit der sowjetistischen Behörde eine Erklärung, in der er mit Bedauern eingestand, geirrt zu haben, und sich der Regierung unterwarf; dafür erhielt er die Freiheit wieder; der „roten Kirche“ traten weder er noch seine Anhänger bei. Auch zahlreiche andere Gruppen hatten sich von der alten Kirche abgesprengt. Die Machthaber fanden nun, daß es für sie im Grunde doch vorteilhafter sei, nicht mit zahllosen Gruppen, sondern nur mit einer Gesamtkirche zu tun zu haben, die sie viel leichter durch ihre Kreaturen beherrschen könnten. „Sich miteinander versöhnen!“ war nun die Parole, die von oben kam und der nur allzu dienstwillig Folge geleistet wurde.

Ob schon Tychon die Sowjets als legitime Macht anerkannt hat und jede antibolschewistische Tätigkeit des Klerus verurteilt, kam es doch zunächst noch zu Angriffen gegen den Patriarchen in der Sowjetpresse. Da veröffentlichte im Juni dieses Jahres Tychon in der „Izvestia“, dem Organ der sowjetistischen Exekutivgewalt, einen Aufruf an Priester und Gläubige, in dem er sie zur Wahl von Vertretern für das nächste allrussische Konzil einlud, gleichzeitig aber sich auch an die „Gruppen der revolutionären Geistlichkeit“ und an die „lebendige Kirche“ wandte. Um dieselbe Zeit erfährt man aus Erklärungen Krasnickis, daß eine Verschmelzung der wichtigsten Gruppen zustande gekommen ist und daß der Patriarch Tychon den Vertretern der „lebendigen Kirche“ die Hälfte der Sitze im obersten Kirchenrat angeboten hat; das bedeutet die Anerkennung der „lebendigen Kirche“. Tatsächlich ist auch Krasnicki mit sechs seiner Anhänger in den obersten Rat der Patriarchalkirche eingetreten, um die „kirchliche Gegenrevolution“ zu vernichten, welche „die Einheit der orthodoxen Kirche bedrohe“. Tychon betonte in seinem Einladungsschreiben die „Gesehmäßigkeit und Notwendigkeit der sozialen Revolution“ und Krasnicki verlangt die Verurteilung und Exkommunikation der im Auslande lebenden russischen Priester, welche die Sowjetregierung nicht anerkennen.

Denkt Tychon so wie er redet und handelt? Oder denkt er, was kaum weniger schlimm, wie jener Erzbischof Nikolaus, der Rußland verließ, um, wie er sagte, den als Gegner der „lebendigen Kirche“ bekannten Erzbischof Platon von San Franzisko zu ersetzen, dann aber, einmal aus der russischen Hölle befreit, erklärte, er gehe im Gegenteil zu Platon, um ihm zu huldigen; alles was er in letzter Zeit gesprochen habe, sei nur erzwungen gewesen, die Moskauer Herrschaft sei in Wirklichkeit nicht nur der schlimmste Feind der orthodoxen Kirche, sondern auch der Religion überhaupt; er habe sich nur der „lebendigen Kirche“ angeschlossen, weil er sonst ohne Erlaubnis des orthodoxen Oberkirchen-

rates niemals Rußland hätte verlassen können! Erzbischof Ozieplat und seine Priester haben nicht so gehandelt.

Um die Frage eines Zuwachses der Kirche aus der in Auflösung befindlichen Orthodorie beantworten zu können, unterscheidet Prinzessin v. Almdingen in einer Zuschrift an die „America“ drei Gruppen; zunächst die verstreuten Reste von Tychons Patriarchalkirche, deren außerrussischer Mittelpunkt Belgrad sei; sie kommen für eine Vereinigung kaum in Betracht; sie identifizieren noch immer die Einheit der Kirche mit der des Staates, dessen sowjetistische Form sie im Grunde ablehnen; ihre Gesinnung gegenüber der Kirche ist ein Gemisch von Furcht, Haß und krasser Unwissenheit. Die Rote Kirche, welche die Urheberin der verschärften Katholikenverfolgung von 1923 war, und sich dem Bolschewismus mit Haut und Haaren verschrieben hat, kommt für eine Annäherung nicht in Betracht. Die Hoffnungen gründen sich vor allem auf eine dritte Gruppe, die Stillen im Lande, welche die rote Kirchenreform nicht angenommen haben und nicht ausgewandert sind und unter denen mancher Priester in einfacher Dorfkirche für die „baldige Wiedervereinigung aller Christen“, für die „Sammlung der Herde unter einem Hirten“ betet. Sie gehören weder der kommunistischen noch der monarchistischen Partei an, beteiligen sich nicht an Streitigkeiten und versenken sich umsomehr in das innere Leben und in die Schönheiten der Liturgie, die in vielen Teilen ganz katholisch ist und in welcher das Oberhaupt der Kirche, die heiligen Päpste Silvester, Martin, Leo III. und Gregor der Große mehrfach genannt werden. Die meisten von ihnen haben von der katholischen Kirche noch nichts gehört, oder kennen sie nur in ihrer lateinischen Form. Hier, so glaubt die Einsenderin des Berichtes, ist noch am ehesten die Aussicht auf nicht so ferne Wiedervereinigung.

5. Aus der Weltmission der Kirche. China. Bei einem Festmahle anlässlich der am 14. Mai unter dem Voritze des päpstlichen Delegaten Msgr. Costantini in Schanghai eröffneten Generalsynode sagte der Generalgouverneur Ho Feng Ling u. a.: „Sache des Staates ist es meines Erachtens, die Menschen zu regieren, Sache der Religion, sich selbst zu regieren. Die bürgerlichen Gesetze wandeln sich nach Zeit und Umständen, die Religion aber bleibt trotz aller Schwierigkeiten der Vergangenheit und Gegenwart sich selbst gleich... Ueber 50 Bischöfe Chinas sind hier versammelt, um den Fortschritt der Kirche zu fördern. Es kommt auch unserer Regierung zu, ihre Entwicklung zu fördern; aber wir freuen uns, die Anteilnahme zu sehen, welche Sie selbst den Wohltätigkeits- und Erziehungsanstalten entgegenbringen, und wir schätzen uns glücklich, in diesen über 50 Bischöfen wertvolle Mitarbeiter zu besitzen. Unsere Nation wird für diese große Wohltat gewiß dankbar sein.“

Der Papst, so legte seinerseits der Delegat dar, suche keinen irdischen Vorteil, er habe keine Armeen und doch gehorche ihm eine ganze Welt; „die Zeit hat Throne und Reiche gestürzt, aber niemals das Papsttum. Der Krieg hat den ganzen Westen aufgewühlt, nur der Vatikan blieb

inmitten des Sturmes unverfehrt aufrecht. Diese ehrwürdigen Bischöfe sprechen die verschiedensten Sprachen, gehören den verschiedensten Völkern an, sie kommen aus den fernsten Theilen Chinas, sind aber eines Herzens und eine Seele mit dem Papst, betrachten sich als Brüder, arbeiten freudig, um dem Gebote der Ausbreitung seines Reiches zu gehorchen". Bei einer anderen Gelegenheit sagte er zu den eingeborenen Katholiken: „Wenn die Chinesen wünschen, daß ihnen bald das Heil werde, dann ist es notwendig, daß sie mit aller Hingabe selbst sich an die Bekehrung ihrer Landsleute machen. Das ist der ausdrückliche Wunsch des Heiligen Vaters, und er hat einen leuchtenden Beweis davon durch die Ernennung zweier Apostolischer Präfecten chinesischer Nation gegeben . . . Die Chinesen dürfen unseren Missionären die Arbeit nicht allein überlassen, sie müssen sich eine Pflicht daraus machen, mit ihnen zusammenzuarbeiten.“

Orient. Nach einem Bericht der „Croix“ entwickelt der Heilige Vater in einem Brief an den Abtprimas von Stozingen einen großzügigen Plan zur Wiedervereinigung der orientalischen Kirchen mit der römischen. Jede Benediktinerkongregation oder doch wenigstens die Benediktiner jeder Nation, sollen eine eigene Abtei gründen mit der besonderen Aufgabe, für die Wiedervereinigung zu beten und durch das eingehende Studium aller Verhältnisse der orientalischen Kirchen und Völker die Zukunft vorzubereiten; zu dem gleichen Zweck sollen Mitglieder an das orientalische Institut in Rom gesandt werden. Diese Abteien sollen auch slawische Konvertiten betreuen und gegebenenfalls in ihre Familie aufnehmen. Der Heilige Vater hofft, daß von diesen Mittelpunkten aus mit der Zeit Tochterklöster in Rußland selbst gegründet werden können. Er denkt auch an die Gründung einer Benediktinerkongregation slawischen Ritus und eine entsprechende Erzabtei in Rom.

Der Unionskongreß in Belehrad. Das 1880 von dem ausgezeichneten späteren Erzbischof von Olmütz, Dr Stojan, gegründete „Apostolat der heiligen Cyrillus und Methodius“ lud für dieses Jahr zum vierten Unionskongreß in Belehrad am Grabe des heiligen Methodius ein, der am 31. Juli begann und unter dem Ehrenvorsitze des päpstlichen Nuntius Marmaggi und dem Vorsitze des Olmüzer Erzbischofes Dr Precan tagte. 20 Bischöfe hatten sich eingefunden, die Kardinäle Mercier, Dubois und Bourne hatten Begrüßungsschreiben geschickt, die Zahl der Teilnehmer belief sich auf 350, der Weihe des griechisch-katholischen Bischofs Bebei am Schlußtage, Sonntag den 3. August, wohnten 50.000 Pilger bei. Der Heilige Vater hatte ein eigenes Begrüßungsschreiben gesandt, in welchem er, im Sinne des einberufenden Vereines, als Hauptzweck des Kongresses bezeichnete, „eine tiefere Kenntnis der Ostländer zu vermitteln, sowohl der geschichtlichen Ereignisse und Veränderungen der Völker, als auch der dortigen Sitten und Ueberlieferungen, der geschätzten Riten und kirchlichen Verordnungen“ und das Bestreben, „alle Orientalen zur Einheit des Glaubens in den Schoß der katholischen Kirche zurückzuführen, welche die einzige Hüterin des

großen Schatzes der göttlichen Offenbarung ist". Der Heilige Vater gibt sich der Hoffnung hin, daß der Kongreß dazu beitragen werde, Zweifel und Irrtümer über die Geschichte und das religiöse Leben im Orient zu beheben und die Irrenden wieder in den Schaffstall Christi unter dem einen Hirten zurückzuführen. Für die Zukunft spricht er die Hoffnung aus, daß auch der schismatische Klerus auf diesem (nach dem diesjährigen Beschluß alle drei Jahre wiederkehrenden) Kongreß erscheinen werde, wo er Gelegenheit habe, die katholische Lehre gründlich kennen zu lernen und sich zu überzeugen, daß diese in ihrem Wesen mit der Lehre übereinstimmt, welche die Väter des Ostens und des Westens teilten und welche die früheren Konzilien bestätigt und gutgeheißen haben. Durch dasselbe Breve wurde der Erzbischof von Olmütz mit dem Vorsteher des Kongresses betraut.

Aus dem Schosse der russisch-orthodoxen Emigrantenkolonie in Paris hatte der Protokerej Sergej Bulgakow an den Kongreß ein von neun anderen russischen Religionsphilosophen unterzeichnetes Schreiben gerichtet, welches die päpstliche Unfehlbarkeit und den überschwenglichen Unionsproselytismus der letzten Jahre gegenüber den Emigranten als erschwerend für eine gedeihliche Unionsbewegung bezeichnete; immerhin doch auch schon ein Zeichen der Teilnahme an dem Problem selbst. Ein Prager Laie, Dr Fuchs, sieht eine kulturgeschichtliche Synthese zwischen Europa und Rußland voraus, bei welcher der Intellektualismus des Westens durch den Mystizismus des Ostens befruchtet werden müsse und umgekehrt. Der Russe Klimentko (Prag) sieht die Schwierigkeiten einer Union weniger auf dogmatischem, als auf psychologischem und politischem Gebiet. Dr Grivec (Lairbach) beleuchtete „die heutigen Ansichten der Orthodoxen über die Kirche und das kirchliche Einheitsprinzip"; alle Bischöfe, auch der Bischof von Rom, werden als gleichberechtigt aufgefaßt, die höchste Autorität ist das allgemeine Konzil, dadurch verliert die orthodoxe Kirche die Grundlage der religiösen Einheit; die Orthodoxen müßten zur alten, durch die kirchlichen und kirchenpolitischen Ideen von Byzanz noch nicht verunstalteten Tradition zurückkehren, wie noch die heiligen Cyrill und Method sie darstellen. P. Gleb-Berchovskij, der Leiter der russisch-katholischen Kolonie in Prag, sieht in der Patriarchalmacht das Symbol und den Grund der inneren Einheit der Ostkirchen; er hält es für wünschenswert, daß die lateinischen Missionäre des Ostens der Jurisdiktion der orientalischen katholischen Bischöfe untergeordnet werden.

Dazu bemerkt ein „Missionsfreund" in einem sehr beachtenswerten, vom allgemeinen Missionsstandpunkt geschriebenen Artikel der Salzburger „Kirchenzeitung" (28. August): Der allgemeine Grundsatz der territorialen Jurisdiktion ist gewiß sehr richtig, wird aber von den Orientalen selbst beständig durchbrochen; dank ihrer übertriebenen nationalen Denkfungsart haben sich im Orient auf demselben Gebiet verschiedene Jurisdiktionen herausgebildet, eine Stimme auf dem Bekehrader Kongreß selbst wünscht für die russischen Emigranten einen eigenen Bischof

auf dem Territorium der lateinischen Bischöfe und in Amerika schließen sich die Gläubigen einer orientalischen Jurisdiktion nicht dem Bischof einer anderen an. Stellt man einmal ein Prinzip auf, so muß es folgerichtig, nicht einseitig durchgeführt werden. Und, da es in den einzelnen orientalischen Territorien verschiedene Jurisdiktionen gibt, welchem Bischof sollen da die Lateiner unterstellt werden?

Die Versicherung des Leiters des Orientalischen Institutes in Rom, P. d' Herbigny, daß die unierten Russen ihren geschätzten Ritus beibehalten dürfen, wurde von dem orthodoxen, derzeit in Rom weilenden Baron Wrangel dankend anerkannt. Der erwähnte Missionsfreund warnt jedoch mit Recht vor einer Ueberbetonung des Ritus, wie sie unter anderem in der Zuschrift eines Orthodoxen an die „Reichspost“ (1. August) gelegentlich des Belehrader Kongresses zum Ausdruck kommt. Und in der That, der Bart, dessen Nichttragen schon Photius den Lateinern zum schweren Verbrechen anrechnete, hat doch mit dem Ritus nichts zu tun. Die Abweisung der stillen Messe streift, soweit es sich um die dogmatische Erlaubtheit und Nützlichkeit dieser Uebung handelt, schon das dogmatische Gebiet. Die Ablehnung späterer lateinischer Feste widerspricht der Entwicklungsfähigkeit der Liturgie und der in früherer Zeit und auch noch später von den Orientalen selbst angewendeten Uebung, verschiedene neue Feste — man denke nur an das Fest der Orthodogie, als Antwort auf den Bildersturm — einzuführen, von anderen, viel früher eingeführten Festen nicht zu reden. Diese Denkungsart erinnert auch an die Vorwürfe des Photius wegen der Einfügung des Filioque in das Symbolum, welche im Grunde alle alten Konzilien treffen und der Kirche die Hände binden würden, wo es sich darum handelt, alte Glaubenslehren, wenn sie angegriffen werden, durch Aufnahme in das erweiterte Symbolum, selbstverständlich durch die rechtmäßige Obrigkeit, vor allem durch den Papst, den Hüter des Glaubens, zu schützen.

In seinem ersten Beschluß wünscht der Kongreß die Behandlung der Unionsfrage und der Lehre der orientalischen Kirche in den Seminarien des Westens. Der „Missionsfreund“ bemerkt dazu, daß man sich hüten müsse, hier zu weit zu gehen, jedenfalls die Theologiestudierenden nicht mit Dingen, die sie niemals brauchen können, zu überlasten. Man wird also eine Einschränkung dieser Forderung vornehmen müssen. In stark protestantischen Ländern muß das Hauptgewicht auf den Protestantismus gelegt werden. Wie weit für den Klerus eines bestimmten Landes eingehendere Kenntnisse über die Lehre der orientalischen Kirchen wünschenswert sind, muß den Bischöfen dieses Landes überlassen bleiben. Ähnliches dürfte für die Katholikentage der einzelnen Länder zu sagen sein; da hier das politische Interesse ausscheidet, muß überall der allgemeine Missionsgedanke der Kirche im Vordergrund stehen, der Unionsgedanke ist ein Teil dieses allgemeinen Missionsgedankens, der nicht vernachlässigt werden darf, dessen stärkere oder schwächere Betonung aber wieder von den örtlichen Verhältnissen bedingt ist und sich im allgemeinen

die an die ganze Kirche gerichteten Willensfundgebungen des Heiligen Stuhles zur Richtschnur zu nehmen hat.

Das Weniger ist bekanntlich in diesen praktischen Dingen oft das Mehr. Durch genaue Umschreibung können praktische Ideen in der Ausführung nur gewinnen. Und nicht nur eine praktische, sondern auch eine große und schöne Idee ist die Wiedervereinigung des Orients, namentlich der vielen Völker, die das Zarentum unter das Joch der russischen Staatskirche gebeugt hatte, mit der römischen Kirche. Nicht wenige von diesen Völkern haben in der Orthodogie dasselbe Zwingjoch gesehen, das der Zarismus ihnen auferlegt hatte. Auf welchem Wege die einzelnen Völker für die Wiedervereinigung gewonnen werden, ist ganz gleich, auch ihnen muß Freiheit gelassen werden. Den Weg aber gilt es zu suchen und hier bildet die Tagung von Belehrad gewiß einen Fortschritt. Der Wiedervereinigungsgedanke hat festeren Fuß gefaßt und ist in weite Kreise gedrungen. Möge das hohe Ziel, durch das Gebet der ganzen Kirche beschleunigt, sich in naher Zukunft erfüllen.

## Literatur.

### A) Eingesandte Werke und Schriften.

An dieser Stelle werden sämtliche an die Redaktion zur Anzeige und Besprechung eingelangten Schriftwerke verzeichnet. Diese Anzeige bedeutet noch keine Stellungnahme der Redaktion zum Inhalte solcher Schriftwerke. So weit es der verfügbare Raum und der Zweck der Zeitschrift gestatten, wird die Redaktion nach freiem Ermessen Besprechungen einzelner Werke veranlassen. Eine Rücksendung der zur Besprechung eingesandten Werke erfolgt in keinem Falle.

**Adalberta Maria** vom armen Kinde Jesus, Schwester. Kinder Unserer Lieben Frau. Bilder nach dem Leben gezeichnet. 12° (VIII u. 196). Freiburg i. Br. 1924, Herder. Geb. in Leinwand G.M. 2.80.

**Altaner**, Dr. Berthold. Die Dominikanermission im 13. Jahrhundert. Forschungen zur Geschichte der Unionsbestrebungen und der Sarazenen- und Heidenmission des Mittelalters. Habelschwerdt 1924, Franke. Brosch. G.M. 10.—.

**Amann**, S. Gottesstreiter und Samariter. Lebensbilder aus dem Welt- und Ordensklerus deutscher Nationalität. Innsbruck 1924, Kinderfreund-Anstalt, Innrain 27/29. Steif brosch. K 30.000.—; geb. in Halbleinen K 40.000.—.

**Arseniew**, Nicolas v. Ostkirche und Mystik. I. Vom Geist der morgenländischen Kirche. II. Erklärung der Welt und des Lebens in der christlichen Mystik. (Aus der Welt christlicher Frömmigkeit. Herausgegeben von Friedr. Heiler. Bd. VIII.) München 1925, Verlag Ernst Reinhardt. G.M. 2.50.

**Behn**, Dr. Siegfried. Die Wahrheit im Wandel der Weltanschauung. Eine kritische Geschichte der metaphysischen Philosophie. Berlin und Bonn 1924, Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung. Kart. G.M. 8.—; geb. G.M. 9.50.

**Bernard**, A. Am Pandestor. Roman. 8° (IV u. 252). Freiburg i. Br. 1924, Herder. Geb. in Halbleinwand G.M. 4.20.